Helaba

Wochenausblick
9. Oktober 2026

- Auf dem Radar
- USA: Die Zwischenwahlen – eine Einführung
- Aktien: Wie politisch ist die Börse?
- Industrie: Alles nur staatliche Rüstungsnachfrage oder steckt mehr dahinter?
- Finanzmarktkalender
- Prognosetabelle: BIP und Inflation
- Kapitalmarktprognosen
- Neues von Helaba Research

Auf dem Radar

cw/ Nach der Ruhe ist vor dem Sturm? Nur kurz konnten die Anleger in der abgelaufenen Handelswoche durchatmen. Die beiden zentralen Belastungsfaktoren, Ölpreise und Anleiherenditen, zerren an den Nerven und führten zu Abschlägen bei Aktien (S.4) und Gold, während die Renditen sowohl im Euroraum als auch in den USA in Nähe ihrer Hochstände verharren. Die angespannte Stimmung an den Finanzmärkten dürfte bis mindestens Anfang November – dem Termin der US-Zwischenwahlen (S.2) – anhalten. Vielleicht ergibt sich dann wenigstens eine Lösung im US-Iran-Konflikt. Die Hoffnung auf eine solche hat US-Präsident Trump zuletzt befeuert, was zu einer kleinen Entspannung der Ölpreise beigetragen hat. Bislang hat die deutsche Wirtschaft den Energiepreisschock recht gut abgefedert. Die jüngsten Auftragseingänge (S.5) zeigen, dass es für die deutsche Industrie Lichtblicke gibt.

Demgegenüber bleibt die Lage an den Rentenmärkten heikel, zumal es für die aus dem Ruder laufenden Haushaltsdefizite keine kurzfristige Lösung gibt. Das betrifft sowohl die USA als auch Frankreich, die ein Minus von über 6 % bzw. 5,4 % an der Wirtschaftsleistung verzeichnen. Solange die Geldpolitik aufgrund der hohen Ölpreise an der Zinsschraube drehen muss, werden die Zinskosten weiter zulegen und so die Staatshaushalte belasten.

Für Frankreich und den Euroraum ist es nun elementar, wieder Stabilität in den Rentenmarkt zu bringen, damit Spekulationen über eine Staatsschuldenkrise 2.0 nicht weiter Nahrung erhalten. Das hat der französische Finanzminister Roland Lescure verstanden, indem er Hilfe von Seiten der EZB ausgeschlossen hat und sich zugleich zuversichtlich zeigte, einen Haushalt für 2027 aufzustellen, mit dem Ziel, das Defizit auf 5 % zu begrenzen. Sollte dies gelingen, dürften sich die hohen Risikoprämien Frankreichs von aktuell 140 Basispunkten gegenüber Bundesanleihen wieder zurückbilden.

Kapitalmärkte im Wochenrückblick

Zinsen/Renten in %: aktueller Stand*, Bp. gg. Vw		
3M Euribor	2,64	5
10j. Bundesanleih.	3,50	-1
10j. US-Treasuries	5,23	-1
Aktien in Landeswährung: aktueller Stand*, % gg. Vw		
DAX	24.807	-0,5
Euro Stoxx 50	6.127	-0,8
Dow Jones	51.232	0,6
Nikkei 225	69.042	0,1
Rohstoffe/Gold: aktueller Stand*, % gg. Vw		
Gold $/oz	4.124	-0,9
Brentöl $/bbl	104	1,9
Devisen jeweils gg. Euro: aktueller Stand*, % gg. Vw		
US-Dollar	1,12	0,2
Jap. Yen	177	0,1
Brit. Pfund	0,85	0,4
Schw. Franken	0,93	0,1

*08.10.2026
Quellen: Bloomberg, Helaba Research

Das Signal politischer Stabilität ist für die Risikobeurteilung am Rentenmarkt eine wichtige Währung, zumal die nächste Ratingprüfung durch Moody´s voraussichtlich am 23. Oktober ansteht. Die Agentur hatte das aktuelle Rating von Aa3 bereits mit einem negativen Ausblick versehen. Eine Herabstufung wird üblicherweise mit Risikoaufschlägen quittiert.

Indes gibt es auch positive Nachrichten aus dem Euroraum. Mit der Verabschiedung ihrer umstrittenen Wahlrechtsreform hat Ministerpräsidentin Meloni den Euro-Anlegern nicht nur eine weitere Neuwahl erspart, sondern für stabilere Verhältnisse in zukünftigen italienischen Regierungen gesorgt. Die Reform sieht vor, dass der Sieger einer Parlamentswahl mit 70 zusätzlichen Abgeordneten belohnt wird, sodass in der Praxis eine Mehrheit schon mit 42 % der Stimmen erreicht wird. Damit würden sich Reformen schneller umsetzen lassen und nicht durch vorzeitige Parlamentsauflösungen scheitern. Das Gesetz kann allerdings noch durch das italienische Verfassungsgericht gekippt werden. Italiens Renditeaufschlag gegenüber Bundesanleihen hat sich weiter beruhigt und liegt aktuell bei gut 110 Basispunkten.

In der Berichtswoche dürften Diskussionen um die geldpolitischen Handlungsspielräume von Fed und EZB mit der Veröffentlichung der Inflationszahlen wieder in den Vordergrund rücken. So dürfte die US-Teuerung im September weiter von Energie- und Benzinpreisen getrieben werden. Auch die Kernrate bleibt erhöht. Ob die erwarteten Werte Auswirkungen auf die Leitzinspläne der Fed haben, ist angesichts zuletzt unklarer Signale von der Fed schwer zu beurteilen. Wir halten eine Zinserhöhung im Dezember nach wie vor für plausibel.



USA: Die Zwischenwahlen – eine Einführung

pf/ In weniger als einem Monat, am 3. November, finden in den USA Zwischenwahlen statt. Welche Kongressmehrheiten sind zu erwarten und was wären die Folgen?[1]

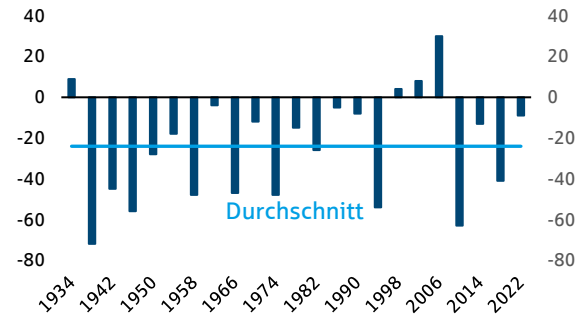
In den sogenannten „Zwischenwahlen“ entscheiden die US-Bürger über Gouverneursposten und Parlamente in den Einzelstaaten sowie über diverse Posten wie Staatsanwälte und Richter. Daneben stehen Volksentscheide auf der Agenda, die einzelne Bevölkerungsgruppen oft überdurchschnittlich motivieren, zur Wahl zu gehen. Dadurch können diese lokalen Faktoren den Ausgang der Abstimmungen beeinflussen, die für das Ausland und die Finanzmärkte am wichtigsten sind: die US-Kongresswahlen.

Hier werden alle 435 Sitze des Repräsentantenhauses für zwei Jahre vergeben und 35 der 100 Sitze im Senat. Aktuell halten die Republikaner, die Partei Präsident Trumps, in beiden Kongresskammern eine knappe Mehrheit: 219 im Repräsentantenhaus, 53 im Senat.

Historisch verliert die Präsidentenpartei in den Zwischenwahlen Sitze im Haus – seit 1934 waren es im Schnitt 24 (vgl. Grafik). Die Kongresswahlen finden nach Mehrheitswahlrecht statt und sind stark auf die Personen der einzelnen Kandidaten und Kandidatinnen bezogen. Dennoch spielt nationale Politik durchaus eine Rolle. Das stellt diesmal ein nennenswertes Handicap für die Republikaner dar, denn Donald Trump ist so unpopulär wie lange kein Präsident vor

„Regierungspartei“ meist mit Sitzverlusten

Sitzverluste der Partei des amtierenden Präsidenten im Haus*



*Zwischenwahlen

Quellen: The American Presidency Project (UC Santa Barbara), Helaba Research

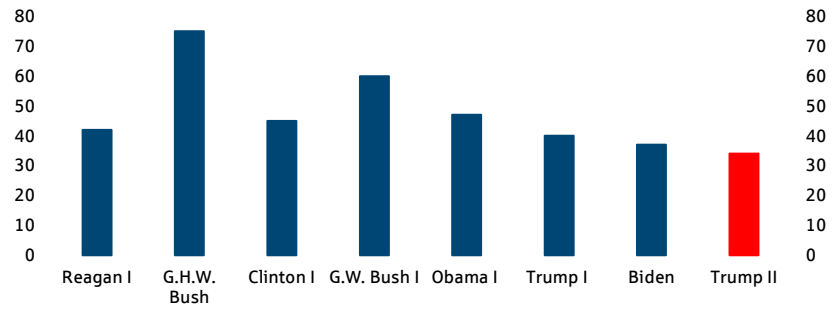
[1] Für eine ausführlichere Analyse siehe unseren **USA Fokus: „US-Wahlen: Politische Krise voraus?“** vom 8. Oktober 2026.

ihm (vgl. Grafik). Im Vordergrund stehen hier seine Einwanderungspolitik, die selbst für viele konservative Amerikaner über das Ziel hinausgeschossen ist, und Trumps inflationstreibende Entscheidungen, wie seine geliebten Zölle oder der ohne Not begonnene Irankrieg.

Ein kompensierender Effekt ist eine Kampagne der Republikaner, in den von ihnen politisch kontrollierten Einzelstaaten die Wahlkreise so zuzuschneiden, dass es für ihre Partei besonders günstig ist. Zwar haben die Demokraten in einigen Staaten dagegengehalten, aber Beobachter sehen einen stärkeren positiven Effekt für die Republikaner durch diese Praxis („Gerrymandering"). Am Wettmarkt Polymarket sprechen die Quoten derzeit für eine solide demokratische Mehrheit von 234 zu 201 Sitzen. Auch wir erwarten einen Mehrheitswechsel im Repräsentantenhaus.

Trump ist unpopulär

Zustimmung zur Politik des Präsidenten, % der Befragten*



*bei Umfragen im Zeitraum Juli-September des zweiten Jahres der jeweiligen Amtsperiode. Bei Präsidenten mit acht Jahren fortlaufender Amtszeit ist die zweite Amtsperiode hier nicht berücksichtigt. Die entsprechenden Werte lagen bei 63 % für Reagan II, 63 % für Clinton II und 44 % für Obama II.
Quellen: Pew Research Center, Helaba Research

Im Senat müssten die Demokraten netto vier Sitze holen, was angesichts der bisherigen Besetzung der diesmal zur Wahl stehenden Sitze (22 Republikaner, 13 Demokraten) machbar erscheint. Dennoch ist hier bei politischen Beobachtern die Skepsis größer, was das Potenzial für einen Mehrheitswechsel angeht. Insbesondere bei den Senatswahlen sind meist die Persönlichkeiten der Kandidaten und Kandidatinnen entscheidend. Es dürfte sehr eng werden und könnte für die Demokraten gut ausgehen, aber im Gegensatz zu Polymarket sehen wir einen marginalen Vorteil auf Seiten der Republikaner, die wohl eine hauchdünne Mehrheit verteidigen werden.

Sollten die Wahlen wie von uns erwartet ausgehen, wären die größten politischen Folgen auf dem Gebiet der Fiskalpolitik zu erwarten. Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus machte 2025 die Steuersenkung durch die „Big Beautiful Bill" erst möglich. Weitere Senkungen der Einkommen- und Unternehmenssteuer wären dann erst mal vom Tisch. In der Außen- und Handelspolitik würde Donald Trump aber kaum eingeschränkt – er hat größtenteils schon in den letzten zwei Jahren mit „Executive Orders" am Kongress vorbei regiert. Gelingt es den Demokraten, auch im Senat eine Mehrheit zu erringen, hätte dies primär Folgen für die Personalpolitik, denn die obere Kammer muss nicht nur Bundesrichter, sondern auch die Besetzung von deutlich über 1.000 wichtigen Posten in der Regierung und Bürokratie bestätigen. Da die Demokraten eine „Filibuster"-sichere Mehrheit von 60 Sitzen im Senat aber realistischerweise nicht erreichen werden, wäre ihr gesetzgeberischer Spielraum auch in diesem Szenario eingeschränkt – von Donald Trumps präsidialem Veto einmal ganz abgesehen.

Die Wahlen stellen schließlich für die Finanzmärkte ein „Event Risk" dar. Nicht nur, dass der Wahlausgang wie in der Vergangenheit wieder so knapp ausfallen könnte, dass das Endergebnis erst Tage oder Wochen später feststeht. Ein Mantra Donald Trumps ist: Die Demokraten können landesweite Wahlen nur durch Betrug gewinnen. Werden er und seine ihm nach wie vor treu folgende Partei dann eine Niederlage am 3. November akzeptieren? Eine entsprechende Weigerung ist das eine Risiko-Szenario. Das zweite: Greift die Bundesregierung in die, laut Verfassung von den Einzelstaaten auszurichtenden, Wahlen in einer Weise ein, die von den Demokraten als unzulässige Manipulation eingestuft wird? Hier stehen Vorschläge im Raum, die von „Wahlbeobachtern" in demokratisch dominierten Wahlkreisen bis hin zur Erklärung eines nationalen Notstands gehen. Vor diesem Hintergrund wäre es schon ein positiver Ausgang, wenn sich derartige Befürchtungen am Ende der Wahlwoche als deplatziert herausgestellt haben und ein klares, von allen Seiten anerkanntes, Ergebnis vorliegt – egal welche Partei letztlich gewonnen und welche verloren hat.

Aktien: Wie politisch ist die Börse?

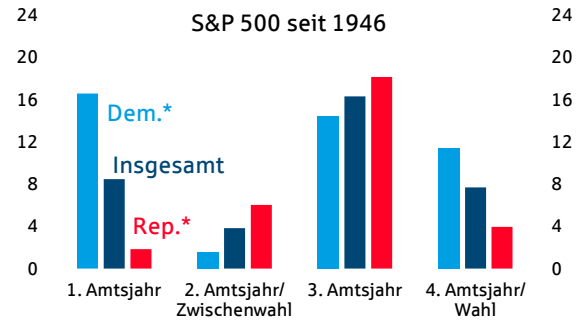
mr/ Angesichts der in den USA bevorstehenden Midterms werden politische Themen verstärkt diskutiert. Wie relevant waren in der Vergangenheit Zwischenwahlen aber tatsächlich?

Derzeit kommt kaum eine (wirtschafts)politische Diskussionsrunde am Thema Zwischenwahlen (Midterms) in den USA vorbei. Immerhin sind Wahlen ein potenzieller Quell von Verunsicherung. Unsicherheit ist nicht nur sprichwörtlich Gift für die Börse, es ist auch eines der in den vergangenen Jahren am meisten genannten Themen, das gerade in Deutschland für Investitionszurückhaltung und wirtschaftliche Lähmung verantwortlich gemacht wird.

Es lohnt sich daher, einen Blick auf frühere Wahlzyklen und die Reaktion des Aktienmarktes zu werfen. Betrachtet man die Kursveränderung des S&P 500 in Abhängigkeit vom jeweiligen Jahr im Wahlzyklus, zeigt sich im langfristigen Durchschnitt (seit 1946) ein schwaches Abschneiden von Aktien in Zwischenwahljahren. Besonders ausgeprägt war dies unter demokratischen Präsidenten. Bei diesen legte der S&P 500 dafür besonders kräftig im ersten Amtsjahr zu. Positiv sticht das dritte Amtsjahr heraus – historisch gesehen das stärkste Aktienjahr im Präsidentschaftszyklus. Mit Blick auf 2027 wäre dies eine gute Nachricht für Anleger.

Zwischenwahljahre historisch schwach

Durchschnittliche Jahresperformance, %

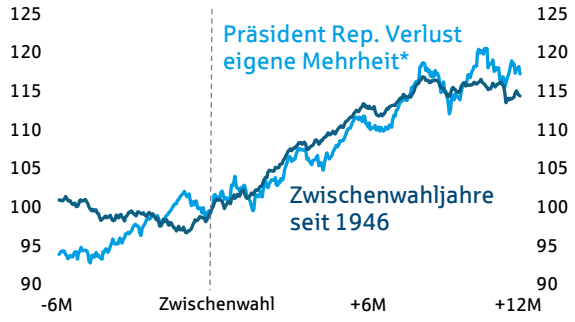


*Partei, die den Präsidenten stellt
Quellen: Bloomberg, Helaba Research

Angesichts der aktuellen Umfrageergebnisse sieht es so aus, als ob die Republikaner zumindest im Repräsentantenhaus die Mehrheit verlieren dürften. Auch im Senat könnte es knapp werden. Wir haben daher historisch untersucht, ob ein Verlust der Kongressmehrheit durch die Partei des Präsidenten in einer der beiden oder beiden Kammern während einer republikanischen Präsidentschaft Auswirkungen auf den Aktienmarkt hatte. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges traten drei Mal ähnliche Konstellationen auf: 1954 verlor Eisenhower (Rep.) beide Kammern an die Demokraten, ebenso wie Bush jun. (Rep.) 2006. Bereits während seiner ersten Amtszeit verlor Trump (Rep.) bei der Zwischenwahl 2018 das Repräsentantenhaus an die Demokraten. Vergleicht man den durchschnittlichen Kursverlauf des S&P 500 dieser drei Präzedenzfälle mit dem aller Zwischenwahljahre, zeigt sich kein signifikanter Unterschied.

Verlust des Kongresses lässt Aktien kalt

Indexiert, Tag der Zwischenwahl = 100



*1954, 2006, 2018
Quellen: Bloomberg, Helaba Research

Allein aus der Tatsache, dass Wahlen anstehen und sich die Mehrheitsverhältnisse ändern, kann somit nicht grundsätzlich auf eine Marktreaktion geschlossen werden. Vielmehr wird es darauf ankommen, wie ein möglicher Verlust der eigenen Mehrheit Trump in seiner Politik einschränken wird (siehe voriger Beitrag). Mit Blick auf Aktien dürfte von Interesse sein, dass die Wahrscheinlichkeit weiterer Senkungen der Einkommens- oder Unternehmenssteuer gering wäre. Ein Szenario, in dem die Demokraten gegen Trumps Widerstand eine strenge KI-Regulierung durchsetzen können, ist dagegen extrem unwahrscheinlich.

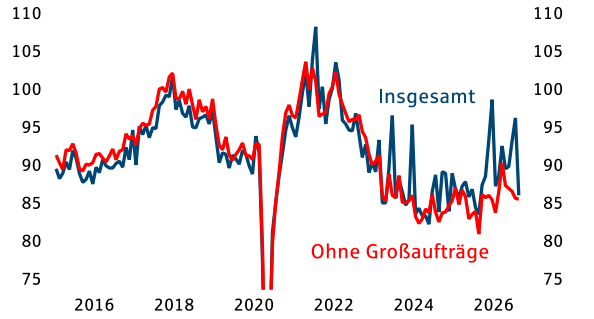
Industrie: Alles nur staatliche Rüstungsnachfrage oder steckt mehr dahinter?

ak/ Staatliche Rüstungsaufträge prägten im August erneut das Bild der deutschen Industrie, erklären es aber nicht vollständig. Insbesondere die Luft- und Raumfahrt tut sich positiv hervor.

Die deutschen Industrieaufträge gingen im August kräftig um 10,6 % zurück. Das klingt zunächst beunruhigend, war aber weitgehend die Gegenbewegung zum Juli, der eine Reihe vor Großaufträgen, besonders im maritimen Rüstungsbau, beinhaltete. Insgesamt blieb es dennoch ein eher schwacher Monat, auch wenn die Produktion teilweise positiv überrascht hat.[2]

Industrie verzeichnet vermehrt Großaufträge

Auftragseingang Verarbeitendes Gewerbe Deutschland, 2021 = 100, sb



Quellen: Macrobond, Helaba Research

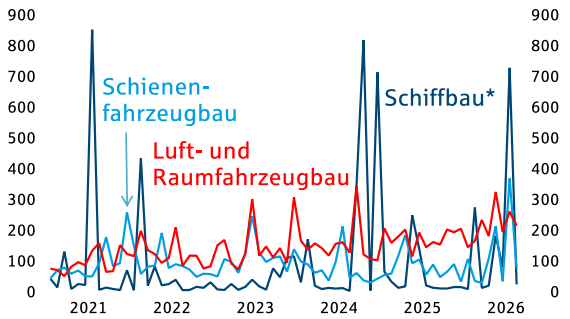
Auffällig ist, wie stark die Großaufträge derzeit das Gesamtbild prägen, während sich die „Kerngröße“ ohne Großaufträge schwächer entwickelt (vgl. Grafik). Entsprechend liest man derzeit vermehrt, die Aufschwungstendenzen seien ausschließlich auf staatliche Rüstungsimpulse zurückzuführen. Ganz so stimmt das aber nicht. Denn die gestiegenen Auslandsaufträge, die seit Jahresbeginn trotz jüngster Rücksetzer immer noch rund 4 % über dem Vorjahresniveau liegen, lassen sich dadurch nicht erklären: Der globale Industriezyklus und der KI-Boom haben dann doch wenig mit der Modernisierung deutscher Fregatten zu tun. Zudem zeigt auch die Kerngröße weiterhin eine Aufwärtstendenz. Dennoch lohnt sich ein genauerer Blick auf die Großaufträge.

Als Großauftrag gilt ein einzelner Auftrag mit einem Volumen von mehr als 50 Millionen Euro. Theoretisch können sie in allen Branchen auftreten. Besonders stark fallen sie jedoch im „Sonstigen Fahrzeugbau“ ins Gewicht, einer bunt gemischten Branche: Von Kampfpanzern bis Fahrrädern ist hier vieles vertreten. Der größte Teilbereich ist mit deutlichem Abstand der Luft- und Raumfahrzeugbau, danach folgen der Militärfahrzeugbau, der Schienenfahrzeugbau sowie der Schiffbau. Darunter findet sich einiges Militärisches, vieles ist jedoch auch zivil oder „Dual Use“, insbesondere wenn man nicht die Endprodukte, sondern die Teile und Vorleistungsgüter betrachtet.

Vor allem der Schiffbau verzeichnet zuletzt massive Großaufträge, die überwiegend militärischer Natur sein dürften, sonst findet hier in den letzten Jahren weitgehend eine Seitwärtsbewegung statt. Im gewichtigeren Luft- und

Sonstige Fahrzeugbauaufträge besonders volatil

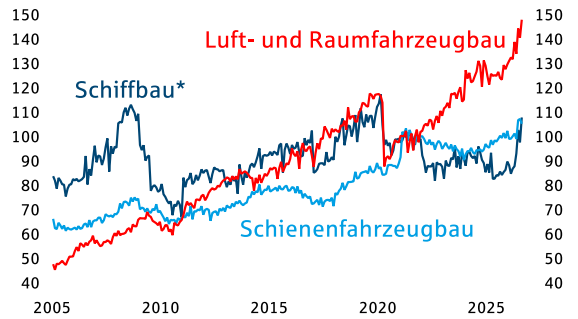
Auftragseingänge Deutschland, 2021 = 100, sb



*Ohne Boot- und Yachtbau
Quellen: Macrobond, Helaba Research

Luft- und Raumfahrzeugbau wächst

Produktionsindex Deutschland, 2021 = 100, sb



*Ohne Boot- und Yachtbau
Quellen: Macrobond, Helaba Research

[2] Vgl. unser Branchen-Update Oktober 2026.

Raumfahrzeugbau zeigt sich dagegen ein breiterer und stetigerer Aufwärtstrend, der sich zunehmend auch in der Produktion widerspiegelt (vgl. Grafik). Mit Abstrichen gilt das ebenso für den Schienenfahrzeugbau. Das spricht dagegen, dass die Entwicklung dieser Branchen – und damit auch das Gesamtbild der Auftragseingänge – ausschließlich auf staatliche Rüstungsimpulse zurückzuführen ist. Zwar ist vieles durchaus staatlich rüstungsgetrieben, ein nicht unerheblicher Teil entfällt jedoch auf den nicht-militärischen Luft- und Raumfahrzeugbau, eine Branche mit durchaus Zukunftspotenzial.

Und selbst wenn ein Teil der Nachfrage staatlich ist: Mit der Verbuchung eines Großauftrags ist die Geschichte noch lange nicht zu Ende. Eine Fregatte oder ein Satellit stehen schließlich selten fertig im Lager. Sie müssen gebaut werden. Die entsprechenden Vorleistungen schaffen Wertschöpfung, sichern Auslastung und erzeugen Multiplikatoreffekte entlang der Lieferketten. Hinzu kommen technologische Spillover-Effekte, die häufig weit über die eigentliche Branche hinausreichen. Die aktuellen Großaufträge daher kategorisch als einmaliges, rein staatliches Strohfeuer abzustempeln, greift zu kurz.

Finanzmarktkalender

Zeit	Land	Periode	Indikator	Helaba-Prognose	Bloomberg Consensus	Vorperiode
Montag, 12.10.2026						
	US		Columbus Day - Rentenmarkt geschlossen			
18:10	US		Cleveland-Fed-Präsidentin Hammack			
Dienstag, 13.10.2026						
09:45	US		Fed-Gouverneur Waller			
16:00	US	Sep	Verkauf bestehender Häuser, Mio. (JR)	**4,0**	4,0	4,0
19:00	US		Richmond-Fed-Präsident Barkin			
22:00	US		Boston-Fed-Präsidentin Collins			
Mittwoch, 14.10.2026						
10:30	EZ		EZB-Präsidentin Lagarde			
11:40	US		Fed-Vize Bowman			
14:30	US	Sep	Verbraucherpreise % gg. Vm. % gg. Vj.	 **0,5** **3,5**	 0,6 3,6	 0,4 3,4
14:30	US	Sep	Verbraucherpreise, Kernrate % gg. Vm. % gg. Vj.	 **0,2** **2,5**	 0,2 2,5	 0,3 2,4
19:30	US		Richmond-Fed-Präsident Barkin			
20:00	US		Beige Book			
Donnerstag, 15.10.2026						
11:00	EZ	Aug	Industrieproduktion % gg. Vm., sb % gg. Vj., sb	 **0,0** **0,1**	 0,1 k.A.	 -0,1 0,0
14:30	US	Okt	Philadelphia-Fed-Index	**30,0**	26,4	37,8
14:30	US	Sep	Erzeugerpreise, % gg. Vm.	**0,5**	0,5	0,4
14:30	US	Sep	Erzeugerpreise, Kernrate, % gg. Vm.	**0,3**	0,3	0,2
14:30	US	Okt	Empire-State-Index	**10,0**	k.A.	7,6
14:30	US	Sep	Einzelhandelsumsätze, % gg. Vm.	**0,1**	0,3	1,1
14:30	US	Sep	Einzelhandelsumsätze ohne Pkws, % gg. Vm.	**0,5**	0,5	1,3
14:30	US	10. Okt	Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung, Tsd	**200**	k.A.	197
22:30	US		Cleveland-Fed-Präsidentin Hammack			
Freitag, 16.10.2026						
05:30	US		Fed-Präsident Warsh			
15:15	US	Sep	Industrieproduktion, % gg. Vm.	**0,5**	0,4	0,0
15:15	US	Sep	Kapazitätsauslastung; %	**76,6**	76,5	76,3

Quellen: Bloomberg, Helaba Research

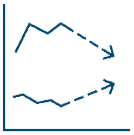
Prognosetabelle: BIP und Inflation

	Bruttoinlandsprodukt reale Veränderung gg. Vorjahr, %				Verbraucherpreise Veränderung gg. Vorjahr, %			
	2024	2025	2026p	2027p	2024	2025	2026p	2027p
Eurozone	1,0	1,3	0,8	1,2	2,4	2,1	3,1	2,8
Deutschland	0,0	0,3	0,9	1,2	2,2	2,2	2,7	2,8
Frankreich	1,4	0,9	0,6	0,8	2,3	0,9	2,6	2,6
Italien	0,6	0,7	0,9	0,5	1,1	1,6	2,9	2,3
Spanien	3,5	2,8	2,6	2,2	2,9	2,7	3,8	3,5
Niederlande	1,1	1,8	1,3	1,2	3,2	3,0	3,1	2,6
Österreich	-0,8	1,0	0,7	1,3	2,9	3,6	3,2	2,7
Schweden	1,9	1,6	2,5	2,2	2,8	0,7	0,7	2,0
Polen	3,1	3,6	3,5	3,3	3,6	3,6	3,0	2,7
Tschechien	1,1	2,7	2,0	2,5	2,4	2,5	2,2	2,5
Ungarn	0,7	0,4	1,9	2,6	3,7	4,4	1,8	2,7
Großbritannien	1,1	1,2	1,2	1,4	2,5	3,4	3,2	2,7
Schweiz	1,3	1,8	1,7	1,5	1,1	0,2	0,7	1,0
USA	3,0	2,3	2,3	2,0	3,0	2,7	3,4	2,8
Japan	0,1	1,2	0,5	0,7	2,7	3,2	2,0	2,3
Asien ohne Japan	4,7	4,8	4,4	4,1	1,5	0,9	2,0	2,0
China	5,0	5,0	4,5	4,0	0,2	0,0	1,2	1,3
Indien*	7,2	7,8	7,0	7,2	4,9	2,2	4,9	4,2
Russland	4,9	1,0	0,6	1,0	8,4	8,7	5,5	4,5
Türkei	3,3	3,6	2,7	4,0	58,5	34,9	31,0	23,0
Lateinamerika**	2,0	2,4	2,0	2,4	26,2	7,8	7,2	5,8
Brasilien	3,0	2,6	2,0	2,0	4,8	4,3	4,6	4,3
Welt	3,2	3,1	2,8	2,8	4,4	2,5	3,1	2,7

Welt: gewichtet auf PPP-Basis, ab März 2025 Umstellung auf Basisjahr 2021; Verbraucherpreise Welt ohne Türkei

*Indien: Financial Year; ** Lateinamerika wegen Hyperinflation ohne Venezuela; p=Prognose, BIP-Wachstum soweit verfügbar kalenderbereinigt

Quellen: Macrobond, LSEG, Helaba Research



Kapitalmarktprognosen

	Veränderung seit ...		aktueller				
	31.12.2025	Vorwoche*	Stand**	Q4/2026	Q1/2027	Q2/2027	Q3/2027
Zinsen	Basispunkte		%				
EZB Refi-Satz	50	0	2,65	2,90	2,90	2,90	2,90
EZB Einlagenzins	50	0	2,50	2,75	2,75	2,75	2,75
Tagesgeldsatz €STR	52	0	2,44	2,75	2,75	2,75	2,75
3M Euribor	62	5	2,64	2,85	2,90	2,90	2,85
6M Euribor	83	-11	2,94	3,05	3,10	3,05	2,95
2j. Bundesanleihen	99	4	3,11	3,20	3,20	3,20	3,00
5j. Bundesanleihen	82	1	3,26	3,30	3,30	3,30	3,10
10j. Bundesanleihen	64	-1	3,50	3,50	3,50	3,50	3,30
2j. Swapsatz	112	-3	3,39	3,45	3,45	3,40	3,20
5j. Swapsatz	89	-4	3,47	3,45	3,45	3,45	3,25
10j. Swapsatz	64	-5	3,56	3,50	3,55	3,55	3,35
20j. Swapsatz	38	-3	3,62	3,55	3,60	3,60	3,50
30j. Swapsatz	22	-1	3,47	3,45	3,55	3,55	3,45
Fed Funds Target Rate	25	0	3,88	4,13	4,13	4,13	4,13
10j. US-Treasuries	106	-1	5,23	5,00	5,00	5,00	4,80
Aktien	Landeswährung, %						
DAX	1,3	-0,5	24.807	27.000	27.250	27.500	27.750
Euro Stoxx 50	5,8	-0,8	6.127	6.700	6.730	6.760	6.790
Dow Jones	6,6	0,6	51.232	54.500	54.750	55.000	55.250
S&P 500	13,4	1,3	7.765	7.900	7.980	8.060	8.140
Nikkei 225	37,2	0,1	69.042	68.000	68.500	69.000	69.500
Gold und Brentöl	%						
Gold €/Unze	0,0	-0,7	3.684	4.103	4.407	4.333	4.500
Gold $/Unze	-4,6	-0,9	4.124	4.800	5.200	5.200	5.400
Brentöl $/Barrel	71,4	1,9	104	100	97	93	89
Devisen	jeweils gg. Euro, %		jeweils gg. Euro				
US-Dollar	4,8	0,2	1,12	1,17	1,18	1,20	1,20
Japanischer Yen	4,0	0,1	177	181	181	180	180
Britisches Pfund	3,0	0,4	0,85	0,86	0,86	0,86	0,87
Schweizer Franken	-0,1	0,1	0,93	0,96	0,96	0,97	0,98

* 01.10.2026 ** 08.10.2026

Quellen: Bloomberg, Helaba Research

Neues von Helaba Research

Links zu kürzlich erschienenen Analysen

→ Im Fokus Aktien: Update Helaba-BEST-Indikator

→ Branchen-Update: Der August trägt Tarnfarben

→ Im Fokus USA: US-Wahlen – Politische Krise voraus?

Wir sind für Sie da:

Themengebiete	Autoren/-innen	Durchwahl 069/9132-
Chefvolkswirtin/Head of Research	Dr. Gertrud Rosa Traud (rt)	20 24
Leiter Capital Market Research	Dr. Stefan Mitropoulos (sm)	46 19
Leiter Economic Research	Dr. Stephan Brand (sb)	46 59
Rentenstrategie	Ulf Krauss (uk)	47 28
Aktienstrategie	Markus Reinwand (mr), CFA	47 23
Devisenstrategie, Großbritannien	Samuel Will (sw)	74 88
Gold	Claudia Windt (cw)	25 00
Immobilien	Paul Richter (pr)	79 58
Rohöl	Ralf Umlauf (ru)	11 19
Pfandbriefe, Covered Bonds	Florian Hillenbrand (fh)	40 79
Bankanleihen	Dr. Susanne Knips (sk)	32 11
Deutschland, Eurozone	Simon Azarbayjani (saz)	79 76
Branchen	Adrian Keppler (ak)	41 83
USA, China	Patrick Franke (pf)	47 38
Nordeuropa, Zentraleuropa	Marion Dezenter (md)	28 41
Emerging Markets	Lucas Rauschkolb (lr)	39 47
	Viola Julien (vj)	20 32
Geopolitik	Ralf Schuster (rs)	28 88
Finanzplatz Frankfurt	Ulrike Bischoff (ub)	52 56

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research

Redaktion:
Samuel Will

Verantwortlich:
Dr. Gertrud Rosa Traud
Chefvolkswirtin/
Head of Research

Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069/91 32-20 24
Internet: http://www.helaba.de
Mail: research@helaba.de

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.

Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:
https://news.helaba.de/research/